

Antrag G.26: Wir zahlen nicht für Eure Kriege! Auf die Straße gegen Sozialabbau und Militarisierung

Antragsteller*in:

Antikapitalistische Linke - AKL, BAG Sozialistische Linke, Die Linke.SDS und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wir zahlen nicht für Eure Kriege! Auf die Straße gegen Sozialabbau und**
2 **Militarisierung**

3 Krieg und Krise sind zwei Seiten derselben Medaille. Wer Milliarden in die
4 Rüstungsindustrie pumpt, muss sie irgendwo wegnehmen. Wer Kanonen will, muss Butter
5 streichen. Das ist keine Metapher, das ist die Haushaltspolitik der Bundesrepublik im
6 Jahr 2026 und sie hat konkrete Folgen.

7 2026 plant die Bundesregierung erstmals 128 Milliarden Euro für Verteidigung
8 auszugeben. So viel wie alle lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten zusammen.
9 Deutschland steht inzwischen auf Platz 4 der weltweiten Rüstungsausgaben, aber in den
10 Talkshows wird sich weiter über die Unterfinanzierung der Bundeswehr beklagt. Das
11 Grundgesetz wurde geändert, damit hochgerüstet werden kann, beschlossen von einem
12 Parlament, das bereits abgewählt war. Ohne Beteiligung der Bevölkerung, mit
13 demonstrativer Eile, noch bevor ein neu gewähltes Parlament eingreifen konnte.

14 Gleichzeitig erklärte Kanzler Merz, dass alle (Sozial)ausgaben auf den Prüfstand
15 gehören. Aktuell bleibt der Regelsatz in der Grundsicherung bei 563 Euro eingefroren.
16 Krankenhäuser schließen. Kommunen kollabieren. Rentner*innen, die dieses Land
17 aufgebaut haben, können sich die Heizung nicht mehr leisten. Die Regierung plant den
18 Abriss des Sozialstaats in einem bislang nie dagewesenen Ausmaß. Das ist kein Zufall.
19 Rheinmetall-Aktien haben sich seit 2022 im Wert versechzehnfacht, deutsche
20 Rüstungskonzerne machen Rekordgewinne. Wer profitiert, ist keine offene Frage. Und
21 wer zahlt, auch nicht.

22 Die Weltlage hat sich in den letzten Monaten dramatisch zugespitzt. Am 28. Februar
23 2026 begannen Israel und die USA einen offenen Krieg gegen den Iran. Chamenei wurde
24 durch einen gezielten Luftangriff getötet. Der Iran sperrte die Straße von Hormus,
25 Raketen trafen US-Stützpunkte in Bahrain, Kuwait, Katar und den Emiraten.

26 Eine globale Energiekrise droht, deren Kosten wie immer nach unten weitergereicht
27 werden. Und nicht nur die Energiekosten steigen, sondern auch Düngemittel werden
28 knapp und wirken sich auf die Lebensmittelpreise aus. Bemerkenswert ist dabei: Der
29 Iran wurde zweimal während laufender Verhandlungsrunden angegriffen, zuerst im Juni
30 2025 und dann erneut im Februar 2026. Diplomatie ist nicht gescheitert. Sie wurde
31 aktiv sabotiert.

32 Wir leben in Zeiten der Monster. Die Zunahme militärischer Spannungen und Kriege sind
33 nicht in erster Linie Konflikte zwischen politischen Systemen. Es ist das System
34 selbst, das immer neue Rivalitäten um Rohstoffe, Absatzmärkte und geostrategische
35 Kontrolle schafft.

36 Statt in das Leben zu investieren, soll für den Tod produziert werden. „Aktive
37 Industriepolitik“ nennt die Europäische Union diesen Schritt. In Wirklichkeit ist es
38 der Weg in die Kriegswirtschaft. Hunderttausende Arbeiter*innen bangen um ihre Jobs.

39 Als „sichere Alternative“ werden ihnen jetzt Jobs in der Rüstungsindustrie verkauft.
40 Doch wie sicher ist das Leben in einer kriegstüchtigen Gesellschaft? Waffen werden
41 produziert, um eingesetzt zu werden. Wer stirbt zuerst an der Front? Welche Fabriken
42 sind im Kriegsfall das erste Angriffsziel? Die Kriegslügen unserer Zeit schmücken
43 sich mit den Worten wie Freiheit, Demokratie und Sicherheit. In Wahrheit ist es genau
44 dieser Kurs, der unsere Freiheit und unsere soziale Sicherheit zerstört. Demokratie
45 wird von innen ausgehöhlt.

46 In Deutschland läuft die Militarisierung auf Hochtouren. Wehrpflicht wird
47 vorbereitet.

48 Krankenhäuser werden militarisiert. Bundeswehrwerbung hängt in U-Bahnhöfen und auf
49 Ausbildungsmessen. Boris Pistorius nennt das Ziel unverblümt: Deutschland soll
50 kriegstüchtig werden. Das ist kein Vokabular der Abschreckung. Das ist
51 Kriegsvorbereitung.

52 Die Linke muss hier klar sein: Das ist kein technisches Haushaltsproblem, sondern die
53 Klassenfrage unserer Zeit. Ein System, das Profit über Menschenleben stellt, braucht
54 Krieg als Erweiterungsraum und Sozialabbau zu seiner Finanzierung. Beides gehört
55 zusammen und beides muss zusammen bekämpft werden.

56 Als Internationalist*innen betrachten wir Kriege nicht wie ein Fußballspiel, bei dem
57 man auf der Seite des einen oder anderen Staates steht. Wir stehen immer an der Seite
58 der arbeitenden Menschen, in der Ukraine wie in Russland, in Gaza wie in Israel, im
59 Iran wie in den USA. Der Soldat, der stirbt, damit Konzerne ihre Profite und
60 Marktanteile und Staaten ihre Einflussphären absichern, ist nicht unser Feind.

61 In dieser Auseinandersetzung stehen alle anderen Parteien im Bundestag auf der
62 falschen Seite, wenn auch mit unterschiedlicher Begeisterung. CDU und SPD betreiben
63 die Aufrüstung als Regierung. Die Grünen haben die Grundgesetzänderung erst möglich
64 gemacht. Die AfD geriert sich als Friedenspartei, steht aber in der Tradition des
65 deutschen Militarismus und nutzt Kriegsangst zur völkischen Mobilisierung.

66 Nötiger denn je ist in Parlament und Gesellschaft eine Stimme, die klar und ohne Wenn
67 und Aber sagt: Wir wollen eure Kriege nicht. Diplomatie statt Aufrüstung,
68 Waffenstillstand statt Eskalation, Produktion für das Leben statt für den Krieg.

69 Diese Stimme gibt es im Bundestag derzeit nur durch uns – aber sie muss lauter
70 werden. Das ist eine Leerstelle, die Millionen Menschen spüren. Laut Umfragen lehnt
71 eine Mehrheit der Bevölkerung die Wehrpflicht ab, eine Mehrheit hält die weitere
72 Eskalation für gefährlich. Diese Mehrheit hat noch keine ausreichende
73 parlamentarische Repräsentation, nicht weil die Überzeugungen fehlen, sondern weil an
74 manchen Stellen der Mut fehlte, sie auszusprechen.

75 Das ist kein neues Problem. Die SPD von 1914 sprach jahrelang von Frieden und stimmte
76 im August desselben Jahres für die Kriegskredite, als es darauf ankam. Der Druck war
77 zu groß, die Angst vor Isolation zu mächtig, der Wunsch nach Respektabilität zu
78 stark. Die Lehre daraus ist nicht, dass man immer gegen den Strom schwimmen muss, um
79 des Prinzips willen. Die Lehre ist: Wer in entscheidenden Momenten schweigt oder
80 laviert, überlässt das Feld denen, die keine Sekunde zögern.

81 Die Linke darf sich von der gesellschaftlichen und medialen Debatte nicht
82 einschüchtern lassen. Wer heute für Diplomatie eintritt, wird als naiv abgestempelt.
83 Wer Waffenlieferungen kritisiert, wird als Putinknecht diffamiert. Wer den Gaza-Krieg

84 Genozid nennt, wird mit dem Antisemitismusvorwurf überzogen. Das ist kein offener
85 Diskurs. Das ist die diskursive Seite des Militarismus. Der Versuch, den
86 Meinungskorridor so eng zu ziehen, dass Widerspruch als undenkbar gilt. Wir müssen
87 das benennen und dem standhalten, selbstbewusst, ohne Entschuldigungen, ohne die
88 reflexartige Einhegung jeder friedenspolitischen Position durch Relativierungen.

89 Die Fragen, die wir in Betrieben, Stadtteilen und Schulen stellen müssen, lauten:
90 Warum ist für Krankenhäuser kein Geld da, aber über Nacht für Rüstung? Warum werden
91 Rentenkürzungen als alternativlos verkauft, während über die Anschaffung von neuen
92 Bundeswehr-Fregatten im Wert von vielen Milliarden Euro nicht einmal diskutiert wird?
93 Warum sollen wir mehr arbeiten, verzichten und unsere Kinder den Kriegen um
94 Einflussphären, Marktanteile und Ressourcen im Interesse der Großkonzerne zum Fraß
95 vorwerfen?

96 Diese Fragen beantworten sich nicht von selbst. Sie müssen gestellt werden, laut,
97 konkret und immer wieder.

98 Die Gesellschaft ist dabei nicht stumm. Die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht
99 ist die lebendigste antimilitaristische Jugendbewegung seit Jahrzehnten.

100 Zehntausende Schüler*innen haben gestreikt, Repression riskiert und sich nicht
101 einschüchtern lassen. Menschen trotzen den Diffamierungen der Springerpresse und
102 gehen seit zwei Jahren gegen den Genozid in Gaza auf die Straße. Sie stehen auf der
103 Seite des Völkerrechts, werden kriminalisiert und mit dem Antisemitismusvorwurf
104 mundtot gemacht. Ein Missbrauch, der nicht nur politisch verlogen ist, sondern den
105 tatsächlichen Kampf gegen Antisemitismus beschädigt. Diese Bewegungen brauchen eine
106 Partei, die das klar benennt und sie nicht im Stich lässt.

107 IG-Metall-Vertrauensleute bei Ford in Köln haben eine Erklärung gegen
108 Kriegswirtschaft beschlossen. Beschäftigte in Rüstungsbetrieben werden mit ihrem
109 Arbeitsplatz erpresst: entweder Waffen oder Kündigung. Diese Logik muss gebrochen
110 werden, durch Konversionskonzepte, die zeigen, dass dieselben Hände, die heute
111 Granaten fertigen, morgen Wärmepumpen, Schienenfahrzeuge und Krankenhaustechnik bauen
112 können.

113 Die Linke muss lernen, was sie bei der Mietenkampagne gelernt hat: Aus konkreter
114 Hilfe wird Organisation, aus Organisation wird Gegenmacht. Das gilt für
115 Mieter*innen genauso wie für Menschen, die sich der Wehrpflicht verweigern wollen,
116 für Beschäftigte in Rüstungsbetrieben, die nicht wissen, wohin, und für
117 Aktivist*innen, die vor Gericht stehen, weil sie eine Waffenfabrik blockiert haben.

118 Wir sind die einzige Partei im Bundestag, die diesem eingeschlagenen Kurs der
119 Militarisierung grundsätzlich entgegensteht. Das ist keine Selbstbeweihräucherung,
120 sondern eine Verantwortung. Deshalb ist Antimilitarismus keine Nische und nicht
121 allein ein Wahlkampfthema. Er ist der Kern sozialistischer Politik in dieser Zeit.

122 Der Bundesparteitag beschließt:

123 Der neue Parteivorstand wird beauftragt, neben der Mietenkampagne einen weiteren
124 gleichwertigen Schwerpunkt zu setzen und den Kampf gegen Sozialabbau mit dem Kampf
125 gegen Militarisierung und Aufrüstung zu verbinden. Konkret bedeutet das:

126 Die Linke...

127 • lädt hierzu Betroffene und Akteure aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen,

- 128 Friedensbewegung und antimilitaristischen Initiativen zentral zu einem Ratschlag
 129 ein mit dem Ziel eines breiten Bündnisses für lokale Proteste und überregionale
 130 Großdemonstrationen
- 131 • nutzt ihre öffentlichen Kommunikationskanäle in Medien und sozialen Netzwerken,
 132 um die konkreten Kosten der Aufrüstung den sozialen Kürzungen gegenüberzustellen
 - 133 • erstellt dazu Aufklärungsmaterial, um lokale Gliederungen in ihrer alltäglichen
 134 Aufklärungs- und Kampagnenarbeit zu unterstützen
 - 135 • schafft im Karl-Liebknecht-Haus eine Meldestelle Militarisierung: Kreisverbände,
 136 Kommunal- und Landtagsfraktionen können sich an sie wenden, damit Informationen
 137 über die lokalen und regionalen Auswirkungen der „Zeitenwende“ zentral gebündelt
 138 werden können
 - 139 • baut ihre Kampagne zur Kriegsdienstverweigerungsberatung weiter aus und
 140 kommuniziert dies offensiv als politisches Angebot
 - 141 • unterstützt die Schulstreikbewegung und andere Antikriegsbewegungen strukturell
 142 mit Räumen, Ressourcen sowie durch konkrete Unterstützung für Streikende und
 143 Protestierende, die von Repression betroffen sind
 - 144 • fördert die innerparteiliche Bildung mit antimilitaristischen Bildungs- und
 145 Austauschformaten, die den Mitgliedern regelmäßig angeboten werden

weitere Antragstellende

Linksjugend [solid], Kommunistische Plattform, BAG FIP, BAG Palästinasolidarität, LSp*R der Linksjugend [solid] Brandenburg, LV Bayern, BV Neukölln, KV Bochum, KV Calw-Freudenstadt, KV Düsseldorf, KV Emmendingen, KV Ennepe-Ruhr, KV Freiburg, KV Herford, KV Herzogtum Lauenburg - Schleswig-Holstein, KV Karlsruhe, KV Kiel, KV Köln, KV Ortenau, KV Siegen-Wittgenstein, KV Würzburg Mainfranken, LAG FIP Hessen, LAG Palästinasolidarität Hessen, LAG Palästinasolidarität Sachsen, LAG Senior*innenpolitik Mecklenburg-Vorpommern, AG FIP Köln, AG Frieden im KV V-R (7 Mitglieder), Linksjugend Leipzig Nordstern, Jana Denise Aderhold (Delegierte, KV Northeim), Julia Aigner (SV Leipzig), Vedat Akter (LaVo NRW, KV Köln), Carla Aßmann (Delegierte BV Berlin-Neukölln), Sam Badewitz-Schwabe (KV Zwickau), Desiree Becker (MdB, Landesvorsitzende Die Linke.Hessen), Karin Kant (KV Berlin, Treptow-Köpenick, Delegierte), Julian Besemann (Deligierter KV Waldshut), Violetta Bock (MdB, KV Kassel-Stadt), Helmut Born (KV Düsseldorf), Marc-Andre Thore Bornkessel (KV Herzogtum Laienburg), Lena Boss (Landesschiedskommission BW, KV Calw-Freudenstadt), Mirko Boysen (Delegierter, Mitglied Landesvorstand BW), Nils Böhlke (stellv. Landessprecher Die Linke.NRW, KV Düsseldorf, Delegierter für die BAG Betrieb & Gewerkschaft), Helmut Born (KV Düsseldorf), Esther Brojdo (Delegierte BPT Berlin, BV Steglitz-Zehlendorf), Ellen Brombacher (Berlin-Mitte, Delegierte), Rudolf Bürgel (KV Karlsruhe, Präsidium Landesausschuss Ba-Wü), Deniz Celik (BPT-Deli, KV Hamburg-Nord), Alev Coban (BV Treptow-Köpenick, Delegierte), Özlem Alev Demirel (MdEP, KV Düsseldorf), Viktoria Dickel (Delegierte SDS/linksjugend solid), Minka Dott (Delegierte Berlin TK, Mitglied Ältestenrat), Hannes Draeger (KV Düsseldorf), Sara Linda Dressler (Beisitzerin im Kreisvorstand, KV Bonn), Valentin Dreyer (KV Kiel), Lukas Eitel (KV Erlangen, Delegierter), Vedi Emde (Bezirksvorstandsmitglied und Delegierte BV Neukölln), Nina Eumann (Mitglied im Parteivorstand, KV Bochum), Jan Eßer (KV Rhein Sieg), Jürgen Fahl (Kreisverband Herzogtum Lauenburg), Carmen Fesl (KV München), Linda Fischer (Bezirksvorstand Altona, BPT-Delegierte Bezirk Altona, HH), Sander Frank (Delegierter BPT BaWü, KV Bodenseekreis), Anna Giering (Ersatzdelegierter BPT, KV Bonn), Margit

Glasow (PV-Mitglied, Delegierte für KPF), Theo Glauch (Mitglied Parteivorstand, KV München), Thies Gleiss (Köln, Mitglied des Parteivorstandes), Florian Glongegger (Jugendpolitischer Sprecher KV Regensburg), Ute Goelz (Stuttgart), Nicole Gohlke (MdB, KV München), Marina Gress (Delegierte BPT, Kreisvorstand KV Freiburg), Noel Niklas Guhs (Delegierter BPT, KV Lübeck, LV SH), Oleg Gussew (Delegierter SH, KV Kiel), Bettina Günter (Ersatz-Delegierte BPT, Co-Vorsitzende BV Berlin Steglitz-Zehlendorf), Patrick Haas (Delegierter, KV Rhein-Sieg), Ali Hamza (KV Darmstadt), Thomas Hanser (Parteirat, Präsidium LA Baden- Württemberg, Kreisvorstand KV Calw-Freudenstadt), Thomas Henke (Bezirksvorstandsmitglied BV Steglitz-Zehlendorf), Jimi Herken (Delegierter Linksjugend solid, Landessprecher Linksjugend solid Berlin), Barbara Hesse (Ko-Sprecherin BAG Seniorinnenpolitik), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Delegierter), Sophia Hirzel (Sprecherin KV Calw-Freudenstadt), Björn Höfer, Inge Höger (Mitglied im Landesvorstand NRW und im BSPR der AKL, Delegierte AKL), Britta Höpken (KV Freiburg), Cem Ince (MdB, KV Salzgitter), Dirk Jakob (KV Siegen-Wittgenstein, Geschäftsführer), Rocco Jörger (Delegierter; Mitglied des Landesvorstands BaWü), Hans-Jürgen Joseph (OV NOW Berlin Marzahn), Cornelia Joseph (OV NOW Berlin Marzahn), Sonja Kemnitz (Ko-Sprecherin BAG Seniorinnenpolitik), Onur Kesici (KV Aachen), Christopher Khongklad (KV Bochum), Maxi Kisters (SDS), Martha Kleedörfer (stellvertretende Landesvorsitzende Die Linke Berlin), Marianne Kolter (Sprecherin KV Pinneberg, Beisitz LV SH), Martin Krämer (Frankfurt), Jonas Krell (KV Bergstraße), Maximilian Krippner (Delegierter Linksjugend solid, Bundessprecher Linksjugend solid), Ulrike Krüger (BV Berlin-Neukölln), Lara Kubach (Delegierte LV BaWü, Geschäftsführung BAG Palästinasolidarität, Mitglied Parteirat), Jana Kühl (Kreisvorstand KV Emmendingen), Florian Landes (Delegiert Linksjugend solid, Landessprecher Linugend solid Thüringen), Daniel Lange (Fraktion in Würselen, KV Aachen, Ersatzdelegierter BPT), Ruben Lehnert (Landesschatzmeister Die Linke Berlin), Roswitha Lichtenstein-Kluthe (Kv Emmendingen), Michael Lorenz (LV Hamburg), Claus Ludwig (AG Frieden & Internationale Politik (AG FIP) Köln), Kai-David Lütz (Kreissprecher, KV Bonn), Antonia Marquardt (Jugendpoltische Sprecherin Linke Hessen), Jaime Martinez Porro (Delegierter, BV Steglitz-Zehlendorf), Tamara Mazzi (MdB, KV Kiel), Alexandra Mehdi (KV Solingen), Peter Mercer (OV Kreuzberg-West, Berlin), Meinhard Meuche-Mäker (BV Hamburg Eimsbüttel), Maria Lara Moubarak (Mitglied im Bundessprecherinnenrat der Linksjugend solid), Hartmut Grabow (Berlin Marzahn NOW), Nicolette Naumann (Bundessprecherin BAG Palästinasolidarität), Sarah Niedrich (politische Geschäftsführung die Linke.SDS), Jason Osterhagen, Bernhard Ostermeier (KV Regensburg), Joshua Park (Deli, Mitglied Landesvorstand BW), Felix Pawlowski (SDS), Thorben Peters (Niedersachsen, Beratende Stimme), Finn Petersen (Delegation solid, Landessprecher solid Hamburg), Selina Pfister (Mitglied des Bundessprecherinnenrates Linksjugend solid), Tobias Pflüger (Tübingen, KV Freiburg, Ex MdB, Ex MdEP, ehem. stellv. Vors. DIE LINKE), Franziska Porkert (Kreissprecherin, KV Bonn), Chris Schweigert Santos da Costa (Delegierter BaWü, KV Pforzheim/Enzkreis), Jaime Martinez Porro (Delegierter, BV Steglitz-Zehlendorf), svenja Püschel (delegierte KV Bonn), Naisan Raji (Mitglied im Parteivorstand, KV Frankfurt/Main), Sebastian Rave (KV Bremen Links der Weser, Mitglied im BSPR d. AKL), Andreas Reich (KN Schwarzwald-Baar-Heuberg), Lea Reisner (MdB, KV Köln), Rolf Rist (KV Ortenau), Andrea Roth (KV Hildesheim, Mitglied im BSPR d. AKL), Dennis Sabisch (Delegierter Linksjugend solid, Vorsitzender KV Wolfenbüttel), Farsaneh Samadi (Delegierte, KV Kiel), Anne-Katrin Scheel (BV Berlin-Pankow), Samuel Scherl (KV Regensburg), Gerrit Schienke (Landessprecher Schleswig-Holstein), Wolfgang Schmidt (Rostock), Florian Schmidt (KV Waldeck-Frankenberg), Dieter Schmitt (Landau/Pfalz, BV Südpfalz/Landau), Lea-Nora Schmitz (Delegierte, KV Rhein-Sieg), Lea-Nora Schmitz (Delegierte, KV Rhein-Sieg), Hans- Jürgen Scholz (Halberstadt), Nadja Schön (KV Berlin), Christian Schröppel (KV Kassel-Stadt), Sigrun Schulze (KV Lübeck), Jens Schwaab (Delgierter, KV Südpfalz), Karim Sedjat (KV Freiburg), Maria Shammass (BPT- und LPT-Deli, KV Bonn), Sabine Skubsch (BPT-Delegierte, KO-Sprecherin BAG Senior*innenpolitik), Julia-Christina Stange (MdB, KV Alzey-

Worms/Donnersberg), Jürgen Steinbrück (BV Berlin Lichtenberg), Fabian Stens (KV Rhein-Sieg), Nicolas Stoltz (KV Lübeck), Regina Stosch (BO Moabit-Tiergarten), Marc Sträß (KV Northeim, AKL), Bianca Szygula (Kreissprecherin KV Lübeck, Mitglied LaVo SH), Maren Thimm (Delegierte BPT BaWü, KV Emmendingen), Marc Treude (AG Antimilitarismus, Ersatzdelegierter BuPT, KV SR Aachen), Marina Gress (Delegierte BPT, Kreisvorstand KV Freiburg), Harr Unger (KV-Bergstraße), Patricia Usée (Delegierte, KV Oberhavel), Aaron Valent (MdB, KV Würzburg), Martina van Holst (Geschäftsführender Landesvorstand Linke Hessen), Niklas Venema (Delegierter, SV Leipzig), Jonas Vogele (KV Freiburg), Amelie Vollmer (KV Ortenau, Delegierte), Katja Wagner (KV Leipzig, Bezirksvorstandsmitglied Leipzig-Ost), Gerald Warnke (KV Kassel-Stadt), Michael Wiegelmann (KV Waldeck-Frankenberg), Dominik Wilts (Delegierter BaWü, KV Calw-Freudenstadt), René van der Winkel (KV Ortenau), Sören Winzer (Beisitzer im Vorstand KV Lübeck), Paul Wittgen (Delegierter, Kreissprecher KV Düren), Moritz Wittler (Delegierter BV Neukölln), Uwe Wollmerstädt (OV Marzahn-NOW), Florian Wünnenberg (Delegierter KV Euskirchen), Andrei Yagoubov (Mitglied im Landesvorstand Bayern, KV München), Barış Yıldız (Delegierter, KV Stuttgart), Rolf Zaspel (KV V-R), Robin Zunk (Fraktionsvorsitzender Würselen, KV Aachen, Ersatzdelegierter BPT)